

Bürgerinitiative Grünes St. Magnus
Die Sprecher

Bremen, den 21.4.2013

Olaf Brandtstaedter
Buddestr. 8/10
28215 Bremen
bra@uni-bremen.de
c/o

Dr. Harry Maretzke
Billungstraße 16
28759 Bremen
harry@maretzke.net

Helmut Brandtstaedter
Billungstraße 3A
28759 Bremen

Sehr geehrter Herr Lecke-Lopatta,

im Rahmen der informellen Bürgerbeteiligung zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadtgemeinde Bremen haben wir Ihnen unsere Stellungnahme zu einem geplanten massiven Eingriff im Bereich Billungstraße/Knoops Park am 19.4.2013 übermittelt.

Wir verweisen hier noch einmal auf das darin enthaltene sechsseitige Flugblatt (Anhang 7), das unsere Initiative um Weihnachten 2012 in einer 4100er Auflage in St. Magnus und den angrenzenden Ortsteilen verteilt hat. Man kann es auch auf unserer Homepage www.gruenes-sankt-magnus.de unter „Dokumenté“ vorfinden.

Es darf Sie nicht verwundern, dass wir vehement gegen die radikale Abkehr bzw. die Ignoranz von einmal gewonnenen Erkenntnissen auf Planer-Seite protestieren; denn das Entwicklungskonzept von Müller-Glaßl 2005/2006, das sich mit den Freiflächen nördlich von „Auf dem Hohen Ufer“ befasst, wurde ja in der Deputationsvorlage vom 25.4.2008 zum Bebauungsplan 1274 und einen Beschluss der Deputation Bau und Verkehr vom 22.5.2008 unter TOP 12 nahezu vollständig übernommen und einstimmig beschlossen, im Bereich Kränholm wurde es bereits ausgeführt (zu den Dokumenten und einem damaligen Presse-Artikel siehe die Anhänge 1 bis 3).

Zur Erinnerung:

In der erwähnten Deputationsvorlage heißt es zu Beginn unter A (S. 1):

„Die Flächen liegen in zentraler Lage der öffentlichen Parkanlage Knoops Park. Aufgrund der hohen Wertigkeit muss sich jede künftige Nutzung innerhalb des gesamten Parkareals diesem hohen Qualitätsniveau stellen.“

Die „Planungszielé“ unter B3 (S. 3) lauten dann:

„Mit dem Bebauungsplan werden folgende Ziele verfolgt:

- Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Parkanlage Knoops Park, Steigerung der Erholungs- und Landschaftserlebnisfunktion
- Sicherung und Entwicklung von übergeordneten Wegeverbindungen

- Langfristige Erhaltung der historischen Gebäude durch eine entsprechende Nutzung, die auch in das Parkumfeld integriert werden kann
- Ergänzende Wohnbebauung mit geringer Dichte an der Billungstraße‘

Vergleicht man diese Planungsziele mit dem derzeitigen Planungsstand bezüglich der beabsichtigten Wohnbebauung an der Billungstraße, so ist festzustellen:

- Eine massive Blockbebauung würde dem Planungsziel einer Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Parkanlage Knoops Park entgegenstehen, da in Sprache der Landschaftsarchitekten die „charakteristische und historische Substanz des Landschaftsbildes“ durch diese Bauweise zerstört werden würde bzw. ein weiterer „gestörter Bereich“ bezüglich des Parkareals hinzukommen würde

- Der attraktiven Grünstreifens entlang der Billungstraße, der eine natürlich gewachsene Parkrandzone darstellt, soll nach Müller-Glaßl „erhalten und weiter gestärkt“ werden (Müller-Glaßl, S. 30). Dieser Grünverbindung sei „ausreichend Raum zuzugestehen, damit diese als städtebaulich-räumliches Gliederungselement und als Wegeachse im Grünen Wirkung entfalten kann (ebd., S. 45):“

Kommt man diesen Forderungen nicht nach, so gibt man die drei Planungsziele Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Parkanlage Knoops, Steigerung der Erholungs- und Landschaftserlebnisfunktion und Sicherung und Entwicklung von übergeordneten Wegeverbindungen auf.

Am deutlichsten wird die Abkehr von den Planungszielen am vierten Planungsziel. Im Gutachten heißt es:

„Bei jeder Alternative, für die man sich entscheidet, ist neben der gewünschten Offenheit und der integrierten Grünverbindung in Ost-West-Richtung wichtig, dass der betreffende Bereich **räumlich und strukturell** einen **Übergang** bildet zwischen den weiter westlich gelegenen Wohngebieten und den sich östlich abschließenden, offenen parkartigen Bereichen. Dabei ist der vorhandenen **Grünverbindung** im Zuge der **Billungstraße** ausreichend Raum zuzugestehen, damit diese als städtebaulich-räumliches Gliederungselement und als Wegachse im Grünen Wirkung entfalten kann. (ebd., S. 45, Hervorhebungen im Original)

Erinnert sei hier ferner daran, dass in der Deputation Bau und Verkehr, bei der Sie als Vertreter des SUBV anwesend waren, am 22.5.2008 unter TOP 12 einstimmig beschlossen wurde:

„Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“

Unsere Bürgerinitiative stellt hingegen fest, dass hier von Zielen und Zwecken im Grundsatz wesentlich abgerückt wird, was sich nur negativ auf die Durchführung des Gesamtentwicklungskonzepts der Landschaftsplaner Müller-Glaßl & Partner auswirken kann.

Da die Landschaftsplaner sich hier 50 Wohneinheiten mit ca. 150 Autos (mit Besucherverkehr, wobei der Faktor 1:3 gerade in der aktuellen Besiedelung des Horner Mühlenquartiers angesetzt wurde) überhaupt nicht vorstellen konnten, sprechen Sie die vielfältigen Probleme, die durch solch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen entstehen würden nicht an.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus haben in der Vergangenheit bestehende und potentielle künftige Verkehrsprobleme immer wieder thematisiert, siehe etwa die Artikel ‚Beteiligung gefordert‘, BLV vom 5.9.2012 (im Anhang 4) und ‚Bürgerinitiative: Häuser sanieren statt neu bauen‘, Die Norddeutsche vom 30.8.2012 (im Anhang 5).

Auf der jüngst stattgefundenen Einwohnerversammlung nach §3,1 BauGB am 16.4.2013 wurde ebenso thematisiert dass die Billungstraße mittlerweile als Parkplatz von Bewohnern der Weizenfurt benutzt wird, wie dass entlang dieser Straße aufgrund ihrer Enge ein normaler zweisepuriger Verkehr nicht möglich ist, ohne dass ein PkW warten oder den Gehweg befahren muss. Auch die massive Einschränkung der Nutzung des Fußweges durch insbesondere ältere Anwohner bzw. die Bewohner der Seniorenheime wurde thematisiert. (Siehe auch: ‚Billungstraße–Bedenken der Bürger‘, Die Norddeutsche vom 18.4.2013 im Anhang 6.)

Bei unseren Forderungen können wir einen zunehmenden Rückhalt in der Bevölkerung vorweisen. Wir haben bis jetzt bereits über 2000 politische Willensbekundungen in Form von Unterschriften gesammelt, zum überwiegenden Teil aus dem Bremen-Norder Gebiet. Die Bürger treten dabei für zwei Punkte ein (aus der Kopfzeile des Unterschriftenblattes):

„Mit meiner Unterschrift

- spreche ich mich gegen eine Wohnbebauung auf dem Gelände der Städtischen Gärtnerei an der Billungstraße aus,
- fordere ich eine ergebnisoffene Planungskonferenz, die sich unter Teilnahme der Anwohner und Bewohner des Stadtteiles in Fortsetzungen mit der Gesatlung des Geländes zwischen Billungstraße, Auf dem Hohen Ufer und Raschenkampsweg befasst.“ (siehe Anhang 7)

Unsere Unterschriften haben wir jüngst dem Ortsamtsleiter von Burglesum und Bürgermeister Böhrnsen als Leiter des Arbeitskreises Bremen-Nord übergeben, wobei verabredet wurde zu einem Gespräch in naher Zukunft zusammenzukommen. (Siehe: ‚2000 Unterschriften gegen Neubebauung‘, Die Norddeutsche vom 11.4. im Anhang 8 und ‚2000 Unterschriften übergeben‘, BLV vom 17.4.2013 im Anhang 9)

Es berührt uns sympathisch, dass die Planer um Müller-Glaßl erkennen und zum Ausdruck bringen, dass bei der Besiedelung von Parkflächen aus Sicht des Bürgers, der Allgemeinheit und künftiger Generationen eine ‚rote Linie‘ überschritten wird, wenn man einmal anfängt parkartige Gebiete zu bebauen:

„Das hier erarbeitete Entwicklungskonzept soll auch dazu dienen, im Interesse der Bürger eine schleichende Aufsiedelung der für die Erholung und die Stadtökologie wichtigen Parkflächen zu verhindern und durch eine fachgerechte städtebauliche Vorsorge langfristig kulturhistorisch wertvolle Anlagen zu bewahren, die den Bürgern eine besondere Identifikationsmöglichkeit geben (Müller-Glaßl, S. 27):“

Wir erinnern daran, dass Bürgerinitiativen in Bremen in der Vergangenheit oft ein Korrektiv zu einem politischen Zeitgeist dargestellt haben, der sich nur kurz- oder mittelfristigen Zielen verpflichtet gefühlt hat. Nach Jahrzehnten hat sich dann herausgestellt: Die BFs lagen richtig.

So würde sich heute niemand mehr vorstellen wollen, im Schnoor ein Hochhaus zu errichten oder eine Mozarttrasse durchzusetzen.

Siehe dazu etwa: <http://www.digitales-heimatmuseum.de/node/256>

Auch in anderen Städten ist zu beobachten, dass historische Stadtkerne dank des Engagements von Bürgern und Bürgerinitiativen erhalten geblieben sind.

Ob eine offensiv gegen den Bürgerwillen gerichtete Baupolitik wie gerade auf dem Bahnhofsvorplatz zu beobachten dazu dient, uns als Stadtgemeinde sicher in die Zukunft zu bringen, ist daher zu bezweifeln.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass wir aufgrund der betreffenden Katasterkarte (Maßstab 1:1000), die die eingezeichneten Bäume mit Kronen- bzw. Wurzelradius enthalten, nicht erkennen können, wie man mit derartig großen Flächen-Zahlen von 13000, 14000 oder mehr Quadratmetern operieren will, ohne dass dabei Bäume zu Schaden kommen oder gefällt werden müssen. In der jüngeren Vergangenheit tauchten solche Zahlen verschiedentlich in der Öffentlichkeit auf.

Mit freundlichen Grüßen,
Olaf Brandtstaedter und Dr. Harry Maretzke